



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 1083 Anfrage Spring Laura und Mit. über die Rückführung von geflüchteten Personen nach Kroatien / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 1083 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Laura Spring hält an der Dringlichkeit fest.

Laura Spring: Die Anfrage ist dringlich zu behandeln. Im Kanton Luzern gibt es zahlreiche Menschen, die akut von einer Rückführung nach Kroatien bedroht sind. Die Rückführungen werden laufend durchgeführt. Bei einer normalen Behandlung der Anfrage sind die Rückführungen bereits abgeschlossen, ohne dass der Regierungsrat und das Parlament dazu Stellung nehmen konnten. Die Behandlung ist bis dahin gegenstandslos. Die Dringlichkeitskriterien sind erfüllt. Das hohe politische Gewicht ist klar gegeben. Die Öffentlichkeit – darunter die verschiedenen zivilen Organisationen, die in direktem Kontakt mit betroffenen Personen sind, darunter viele Familien mit Kindern – erwartet dringend eine politische Stellungnahme. Da der Bund nicht von sich aus aktiv wurde, ist es wichtig, dass die Kantone mit betroffenen Personen aktiv werden. In anderen Kantonen ist dies bereits der Fall. Die Kantone sollen sich für die Rechte ihrer Bewohnerinnen und Bewohner einsetzen. Der Zentralschweizer Zusammenschluss aus Personen mit einem Dublin-Entscheid, die nach Kroatien zurückgeführt werden müssen, sowie Solinetz Luzern und verschiedene Parteien fordern den sofortigen Stopp dieser Rückführungen nach Kroatien. Der Kanton hat Handlungsspielraum und kann die Ausführung der Rückschaffungen nach Kroatien aussetzen und mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) Rücksprache nehmen, wie in dieser Frage weiterverfahren werden soll. Diesen Handlungsspielraum soll der Kanton wahrnehmen. Es ist kein ordentliches Geschäft zu diesem Thema traktandiert, und es wird kein laufendes Verfahren tangiert. Somit sind alle Dringlichkeitskriterien vollumfänglich erfüllt. Ich bitte Sie ausdrücklich, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Pia Engler: Es ist ein dringliches Geschäft mit einem aussergewöhnlich hohen politischen Gewicht, sodass die Öffentlichkeit ein Interesse an einer Stellungnahme hat. Die Ausschaffung nach dem Dublin-Abkommen von Luzern aus erfolgt im Wissen darum, dass Kroatien die Menschenrechte mit Füßen tritt und bei Geflüchteten illegale Methoden angewendet werden. Erdrückende Berichte dazu wurden vor wenigen Wochen veröffentlicht. Deshalb erträgt das Anliegen keinen Aufschub. Wir tragen eine Mitverantwortung und machen uns zu Mittätern, wenn wir die aktuelle Praxis blindlings mittragen und die Rückführungen nicht aussetzen, bis Weiteres geklärt ist. Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Die Regierung ist der Meinung, dass dieses Anliegen im ordentlichen Verfahren behandelt werden kann. Des Weiteren liegt die Zuständigkeit nicht beim Kanton

Luzern, sondern beim Bund, beim SEM. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.
Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 74 zu 38 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.